

Brüssel, den 9. April 2024 (OR. en)

8539/24

**FIN 343** 

# ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	9. April 2024
Empfänger:	Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union
Nr. Komm.dok.:	COM(2024) 921 final
Betr.:	Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3 zum Gesamthaushaltsplan 2024: Aufstockung der Mittel für die Europäische Staatsanwaltschaft nach der Beteiligung Polens und der erwarteten Beteiligung Schwedens

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2024) 921 final.

Anl.: COM(2024) 921 final

8539/24 ck ECOFIN.2.A **DE** 



Brüssel, den 9.4.2024 COM(2024) 921 final 2024/0090 (BUD)

## ENTWURF DES BERICHTIGUNGSHAUSHALTSPLANS NR. 3 ZUM GESAMTHAUSHALTSPLAN 2024

Aufstockung der Mittel für die Europäische Staatsanwaltschaft nach der Beteiligung Polens und der erwarteten Beteiligung Schwedens

DE DE

#### Gestützt auf

- den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 314, in Verbindung mit dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere mit Artikel 106a,
- den Beschluss (EU, Euratom) 2020/2053 des Rates vom 14. Dezember 2020 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union<sup>1</sup>, der am 1. Juni 2021 in Kraft getreten ist,
- die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (...)<sup>2</sup>, insbesondere auf Artikel 44,
- den am 22. November 2023 erlassenen Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2024<sup>3</sup>,
- den am 29. Februar 2024 erlassenen Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1/2024<sup>4</sup>,
- den am [9. April 2024] erlassenen Entwurf des Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2024<sup>5</sup>

legt die Europäische Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3 zum Haushaltsplan 2024 vor.

# ÄNDERUNGEN BEI DEN EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH EINZELPLÄNEN

Die Änderungen am allgemeinen Einnahmenplan und am Einzelplan III sind über den EUR-Lex-Server abrufbar (<a href="https://eur-lex.europa.eu/budget/www/index-de.htm">https://eur-lex.europa.eu/budget/www/index-de.htm</a>).

<sup>5</sup> COM(2024) 920 final.

1

Beschluss (EU, Euratom) 2020/2053 des Rates vom 14. Dezember 2020 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union und zur Aufhebung des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom (ABI. L 424 vom 15.12.2020).

Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 (ABI. L 193 vom 30.7.2018).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> ABl. L, 2024/207, 22.2.2024.

<sup>4</sup> COM(2024) 80 final.

## BEGRÜNDUNG

#### 1. EINFÜHRUNG

Zweck des Entwurfs des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3 für das Haushaltsjahr 2024 (im Folgenden "EBH Nr. 3/2024") ist es, angesichts des Beschlusses der Kommission zur Bestätigung der Beteiligung Polens an der Verstärkten Zusammenarbeit zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft, der am 29. Februar 2024 erlassen wurde<sup>6</sup>, und der erwarteten Beteiligung Schwedens die Mittel für die Europäische Staatsanwaltschaft (im Folgenden "EUStA") aufzustocken.

Insgesamt entsprechen die Nettoauswirkungen des EBH Nr. 3/2024 auf die Ausgaben einem Anstieg der Mittel für Verpflichtungen (MfV) und der Mittel für Zahlungen (MfZ) um 3,6 Mio. EUR.

### 2. EUROPÄISCHE STAATSANWALTSCHAFT (EUSTA)

Seit ihrer Errichtung beteiligen sich 22 Mitgliedstaaten an der Verstärkten Zusammenarbeit zur Errichtung der EUStA gemäß der Verordnung (EU) 2017/1939<sup>7</sup>. Am 29. Februar 2024 bestätigte die Kommission die Beteiligung Polens an der Verstärkten Zusammenarbeit zur Errichtung der EUStA, nachdem Polen am 5. Januar 2024 eine Beteiligung in Aussicht gestellt hatte. Die künftige Beteiligung Schwedens dürfte in den kommenden Monaten bestätigt werden.

Die Kommission schlägt daher im Zuge des EBH Nr. 3/2024 vor, die EUStA im Hinblick auf die Einstellung von Europäischen Staatsanwälten und die Einrichtung der erforderlichen Unterstützungsfunktionen, um dem zusätzlichen Arbeitsaufwand durch zwei weitere sich beteiligende Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen, durch die Zuweisung von 20 zusätzlichen Planstellen zu verstärken. Es wird angeregt, die Mittel für die EUStA um 3,6 Mio. EUR aufzustocken, um für die restlichen Monate des Jahres 2024 die durch die Beteiligung Polens und Schwedens bedingten Ausgaben für die Gehälter des einzustellenden Personals sowie die operativen Kosten, einschließlich der Gehälter der zusätzlichen Delegierten Europäischen Staatsanwälte, die in Polen und Schweden zu ernennen sind, zu decken.

in EUR

W BOR							
Haushalts- linie	Bezeichnung	Mittel für Verpflichtungen	Mittel für Zahlungen				
Einzelplan III – Kommission							
07 10 08	Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA) 3 600 0		3 600 000				
Insgesamt		3 600 000	3 600 000				

Da in Teilrubrik 2b (Resilienz und Werte) kein Spielraum besteht, wird vorgeschlagen, für diese Aufstockung das Flexibilitätsinstrument in Anspruch zu nehmen.

Die diesbezüglichen Änderungen des Stellenplans sind im haushaltstechnischen Anhang aufgeführt.

#### 3. FINANZIERUNG

Insgesamt entsprechen die Nettoauswirkungen des EBH Nr. 3/2024 auf die Ausgaben einem Anstieg der Mittel für Verpflichtungen und der Mittel für Zahlungen um 3,6 Mio. EUR.

Beschluss (EU) 2024/807 der Kommission vom 29. Februar 2024 zur Bestätigung der Beteiligung Polens an der Verstärkten Zusammenarbeit zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft (ABl. L, 2024/807, 29.2.2024).

Verordnung (EU) 2017/1939 des Rates vom 12. Oktober 2017 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft (ABI. L 283 vom 31.10.2017, S. 1).

Da es keine Spielräume und keine Möglichkeiten für Umschichtungen innerhalb der Teilrubrik 2b gibt, schlägt die Kommission vor, das Flexibilitätsinstrument im Einklang mit Artikel 12 der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2093<sup>8</sup> in Höhe von 3,6 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen für die Teilrubrik 2b "Resilienz und Werte" zur Stärkung der EUStA in Anspruch zu nehmen.

Die Mittel für Zahlungen, die im Haushaltsjahr 2024 im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments in den Jahren 2021 bis 2024 bereitgestellt werden, dürften sich auf 1 738,0 Mio. EUR belaufen. Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über den voraussichtlichen Zahlungsplan für die damit verbundenen noch ausstehenden Beträge für diese Jahre:

Flexibilitätsinstrument – Zahlungsprofil (in Mio. EUR)						
Jahr der Inanspruchnahme	2024	2025	2026	2027	Insgesamt	
2021	7,6	0,0	0,0	0,0	7,6	
2022	49,8	36,7	0,0	0,0	86,5	
2023	279,0	120,6	83,2	0,0	482,8	
2024	1 401,6	107,6	83,7	46,3	1 639,1	
Insgesamt	1 738,0	265,0	166,9	46,3	2 216,1	

-

Verordnung (EU, Euratom) 2020/2093 des Rates vom 17. Dezember 2020 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027 (ABI. L 433I vom 22.12.2020, S. 11).

# 4. ÜBERSICHT NACH RUBRIKEN DES MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMENS (MFR)

in EUR

		Haushaltsplan 2024 (einschl. EBH Nr. 1-2/2024)		Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2024		in EUR  Haushaltsplan 2024 (einschl. EBH  Nr. 1-3/2024)	
		MfV	MfZ	MfV	MfZ	MfV	MfZ
1.	Binnenmarkt, Innovation und Digitales	21 493 372 987	20 827 967 003			21 493 372 987	20 827 967 003
	Obergrenze	21 598 000 000				21 598 000 000	
	Spielraum	104 627 013				104 627 013	
2.	Zusammenhalt, Resilienz und Werte	74 560 690 949	33 715 996 204	3 600 000	3 600 000	74 564 290 949	33 719 596 204
	Davon im Rahmen des Flexibilitätsinstruments	1 289 495 333		3 600 000		1 293 095 333	
	Obergrenze	73 289 000 000				73 289 000 000	
	Spielraum	17 804 384				17 804 384	
2a.	Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt	64 665 195 616	24 155 654 152			64 665 195 616	24 155 654 152
	Obergrenze	64 683 000 000				64 683 000 000	
	Spielraum	17 804 384				17 804 384	
2b.	Resilienz und Werte	9 895 495 333	9 560 342 052	3 600 000	3 600 000	9 899 095 333	9 563 942 052
	Davon im Rahmen des Flexibilitätsinstruments	1 289 495 333		3 600 000		1 293 095 333	
	Obergrenze	8 606 000 000				8 606 000 000	
	Spielraum						
3.	Natürliche Ressourcen und Umwelt	57 338 630 839	54 151 402 941			57 338 630 839	54 151 402 941
	Obergrenze	57 449 000 000				57 449 000 000	
	Spielraum	110 369 161				110 369 161	
	Davon: marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen	40 517 278 000	40 505 482 213			40 517 278 000	40 505 482 213
	EGFL-Teilobergrenze	41 649 000 000				41 649 000 000	
	Bei der Berechnung des Teilspielraums nicht berücksichtigte Rundungsdifferenz	722 000				722 000	
	Mittelübertragungen zwischen dem EGFL und dem ELER (netto)	-1 046 000 000				-1 046 000 000	
	Für EGFL-Ausgaben verfügbare Nettobeträge (durch Übertragungen zwischen dem EGFL und dem ELER korrigierte Teilobergrenze)	40 603 000 000				40 603 000 000	
	EGFL-Teilspielraum	85 722 000				85 722 000	
4.	Migration und Grenzmanagement	3 892 705 671	3 248 967 443			3 892 705 671	3 248 967 443
	Obergrenze	4 020 000 000				4 020 000 000	
	Spielraum	127 294 329				127 294 329	
5.	Sicherheit und Verteidigung	2 697 177 926	2 035 413 531			2 697 177 926	2 035 413 531
	Davon im Rahmen des Flexibilitätsinstruments	317 177 926				317 177 926	
	Obergrenze	2 380 000 000				2 380 000 000	
	Spielraum						
6.	Nachbarschaft und die Welt	16 731 000 000	15 315 050 313			16 731 000 000	15 315 050 313
	Davon im Rahmen des Flexibilitätsinstruments	28 828 204				28 828 204	
	Davon im Rahmen des Instruments für einen	371 171 796				371 171 796	

einzigen Spielraum, Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a						
Obergrenze	16 331 000 000				16 331 000 000	
Spielraum						
7. Europäische öffentliche Verwaltung	11 988 000 603	11 988 000 603			11 988 000 603	11 988 000 603
Davon im Rahmen des Instruments für einen einzigen Spielraum, Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a	215 000 603				215 000 603	
Obergrenze	11 773 000 000				11 773 000 000	
Spielraum						
Davon: Verwaltungsausgaben der Organe	9 175 375 841	9 175 375 841			9 175 375 841	9 175 375 841
Teilobergrenze	9 006 000 000				9 006 000 000	
Teilspielraum						
Mittel für Rubriken	188 701 578 975	141 282 798 038	3 600 000	3 600 000	188 705 178 975	141 286 398 038
Obergrenze	186 840 000 000	170 543 000 000			186 840 000 000	170 543 000 000
Davon im Rahmen des Flexibilitätsinstruments	1 635 501 463	1 734 392 297	3 600 000	3 600 000	1 639 101 463	1 737 992 297
Davon im Rahmen des Instruments für einen einzigen Spielraum, Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a	586 172 399				586 172 399	
Spielraum	360 094 887	30 994 594 259			360 094 887	30 994 594 259
Thematische besondere Instrumente	6 517 600 432	5 491 076 559			6 517 600 432	5 491 076 559
Mittel insgesamt	195 219 179 407	146 773 874 597	3 600 000	3 600 000	195 222 779 407	146 777 474 597